

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Für Thüringen, für Deutschland, für die Gemeinschaft - Einführung eines Gesellschaftsjahres

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Corona-Pandemie hat unser Land vor große bislang nicht gekannte Herausforderungen gestellt. Alle Menschen, unabhängig von ihrer Heimat und Herkunft, ihres Geschlechts, Alters, Glaubens oder ihrer politischen und Weltanschauung, waren durch die Pandemie betroffen. Viele waren auf Hilfe und gegenseitige Unterstützung angewiesen. Es wurde deutlich, welchen Wert und welche Kraft die Solidarität und der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land hat und wie wichtig gegenseitige Wertschätzung und Rücksichtnahme sowie das Füreinander-Einstehen der Generationen sind. Der hohe Einsatz und die vielen Entbehrungen, die die Menschen an unterschiedlichen Stellen in unserem Land für ihre Mitmenschen erbracht haben, war ein entscheidendes Kriterium dafür, glimpflich durch die Pandemie gekommen zu sein und diese schlussendlich auch einzudämmen. Ähnliche Solidarität und Mitmenschlichkeit erleben wir seit dem Frühjahr 2022 im Zuge der durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelösten Fluchtbewegungen.
2. Unser demokratisches und solidarisches Gemeinwesen lebt vom Austausch und Miteinander, Verständnis und Kompromiss, gegenseitiger Rücksichtnahme und Unterstützung. Diese Stärke gilt es, zu erhalten und auszubauen. Ein geeignetes Instrument hierfür ist das Erlernen und Erleben dieser Kompetenzen im Rahmen eines zeitlich befristeten Dienstes für das Gemeinwesen. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für junge Menschen bietet die Chance, das Bewusstsein für die Grundwerte unseres Gemeinwesens zu schärfen und das Verständnis für die Wirkmechanismen und Bedürfnisse unserer Gesellschaft zu fördern. Gleichzeitig unterstützt ein Gesellschaftsjahr Jugendliche im Rahmen ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Selbstständigkeit, fördert das ehrenamtliche Engagement auch über den Dienst hinaus und stärkt so den Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft. Ferner bietet ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr den Jugendlichen die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, Neues zu lernen und den eigenen Horizont zu erweitern. Es steigert außerdem das Ansehen vor allem in erster Linie dem Nutzen der Gemeinschaft dienender Berufsgruppen.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
1. als Anschlussregelung zu der ausgesetzten Wehrpflicht bundesweit ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger in den Bereichen Wehrdienst, Feuerweh, Katastrophen- und Zivilschutz, Technisches Hilfswerk, Gesundheit und Pflege, Ökologie, Daseinsvorsorge oder der europäischen Zusammenarbeit und Beziehungen eingeführt wird;
 2. der Dienst wertgeschätzt und finanziell angemessen vergütet wird, unter anderem dass Fahrt- und Unterbringungskosten der Dienstleistenden im Rahmen ihrer Dienstpflicht vollständig übernommen werden;
 3. der Dienst in den jeweiligen für die Ausbildungs- und Studiengänge relevanten Bereichen als Praxiserfahrung angerechnet werden kann;
 4. das Bundeswehr-Programm "Mein Jahr für Deutschland" ausgebaut und um weitere Ausbildungsstandorte erweitert wird.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf,
1. für mehr Beratungsangebote in Bezug auf Dienste für die Gemeinschaft nach dem Schulabschluss an den Schulen zu sorgen;
 2. freiwillige und perspektivisch verpflichtende Dienste für die Gemeinschaft in den jeweiligen für die Ausbildungs- und Studiengänge relevanten Bereichen als Praxiserfahrung (Berufspraktika, Praxissemester et cetera) anzurechnen;
 3. durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu einer höheren Wertschätzung der Dienste für die Gemeinschaft beizutragen;
 4. bis zur bundesweiten Einführung und Finanzierung eines Gesellschaftsjahrs die Fahrt- und Unterbringungskosten der Freiwilligen im Rahmen ihrer Tätigkeit stärker zu bezuschussen.

Begründung:

In den zurückliegenden Jahren haben die gesellschaftlichen Fliehkräfte deutlich zugenommen. Teile der Gesellschaft haben ihr Engagement eingestellt und sich in die eigenen vier Wände sowie eigene Resonanzräume zurückgezogen. Unter diesen Entwicklungen leidet das gesellschaftliche Miteinander, weil in den voneinander abgeschotteten Echo-kammern keine fruchtbaren Debatten gelebt und Offenheit und Toleranz nicht ausgeprägt werden können, sondern Hemmungslosigkeit und Radikalität sich verstärken. Für das Gelingen unserer Demokratie ist jedoch der offene Dialog über Weltanschauungsgrenzen hinweg entscheidend.

Zwingend ist es angesichts dieser Entwicklungen, die gesellschaftlichen Bindekräfte zu erhöhen. In einer - spätestens seit dem Jahr 2015 für alle sichtbar - pluralistischer werdenden Gesellschaft ist es notwendig, gemeinsame Ziele zu formulieren und gemeinschaftlich dafür einzutreten. Denn wer sich zum Wohle der Gemeinschaft in ihren Dienst stellt, der erwirbt nicht nur praktische Erfahrungen, sondern er eignet sich auch ein enormes Maß an Sozialkompetenz und Hilfsbereitschaft an und erlernt, den Blick über den Tellerrand des eigenen Umfelds zu wagen. Leider nehmen deutschlandweit, aktuellen Zahlen zufolge, weniger als zehn Prozent eines Abschlussjahrgangs die Möglichkeiten freiwilliger Arbeit im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahrs, Freiwilligen Ökologischen Jahrs, Bundesfreiwilligendienstes und anderen wahr.

Von einer Verpflichtung profitieren insbesondere auch junge Menschen, die sich aufgrund ihres Migrationshintergrunds oder wegen ihrer sozialen Herkunft ausgeschlossen fühlen und mit der Gesellschaft hadern.

Denn ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr schafft Respekt sowohl aufseiten der Dienstleistenden als auch aufseiten derjenigen, die alle Bürger im Dienst für das Land stehen sehen.

Es ist nicht im Sinne des verpflichtenden Gesellschaftsjahres, einen Versuch zu unternehmen, den Fachkräftemangel in bestimmten Berufsfeldern durch ungelernete Jugendliche auszugleichen. Gleichwohl können die Heranwachsenden für die Bedeutung dieser Berufe und die mit ihnen verbundenen Tätigkeiten sensibilisiert werden. Darüber hinaus kann das Gesellschaftsjahr einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Berufsorientierung leisten.

Mit Blick auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, aber auch auf Naturkatastrophen wie das Hochwasser im Ahrtal im Sommer 2021, ist es zudem notwendig, junge Menschen als Aktive oder Reservisten für den Heimatschutz und die Landesverteidigung zu gewinnen und entsprechend auszubilden.

Für die Fraktion:

Bühl